

Parteiencheck Behindertenpolitik 2026

Executive Summary · Sechs Parteien · sieben Themen · Bezugsfassung RC6 Korrekturstand

Untersucht: CDU/CSU, Die Linke, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt Deutschland. Die Auswahl ist projektspezifisch und keine repräsentative Stichprobe des gesamten Parteiensystems.

Worum geht es?

Der Parteiencheck vergleicht behindertenpolitische Positionen und Nachweise in sieben identischen Themenfeldern: Hilfsmittel, persönliche Assistenz/Eingliederungshilfe, Pflege/Fachkräfte, Kommunalfinanzierung, Barrierefreiheit/Gleichstellung, inklusive Bildung sowie Arbeit/Werkstätten. Zusätzlich erfolgt eine qualitative Gegenprüfung an zentralen Artikeln der UN-Behindertenrechtskonvention.

Wie wurde bewertet?

Drei Ebenen werden getrennt: AQ = Qualität einer direkten Antwort; PN = politischer Nachweisgrad aus Substanz, Programmatik und – je nach institutioneller Rolle – Parlament und Regierung; UW = tatsächliche Umsetzung/Wirkung, nur wenn belastbar messbar. Fehlende Antworten werden nie mit 0 bewertet. Nicht anwendbare institutionelle Kriterien werden aus dem PN-Nenner entfernt. Bei UN-BRK-Einordnungen werden Parteiposition und jeweiliger UN-/Rechtsmaßstab getrennt belegt. Ein hoher PN bedeutet starke Dokumentation und Nachweisbarkeit – nicht automatisch menschenrechtlich bessere, inklusivere oder politisch empfehlenswertere Politik.

Zentrale Ergebnisse

- Keine belastbare Siegerpartei.** Die PN-Werte sind rollennormiert. Regierungsparteien, Oppositionsfractionen und Parteien ohne Bundestagsfraktion werden nicht auf denselben institutionellen Achsen gemessen.
- Die stärksten politischen Konfliktlinien liegen bei Bildung und Arbeit.** Bei Förderschulen und Werkstätten reicht das Spektrum vom ausdrücklichen Erhalt bestehender Sonderstrukturen bis zu klaren Transformationszielen in Richtung inklusiver Regelsysteme.
- Barrierefreiheit ist bei allen sechs Parteien ein Thema, aber mit unterschiedlicher Verbindlichkeit.** Die Unterschiede liegen vor allem bei privaten Verpflichtungen, Durchsetzung und konkreten Rechtsinstrumenten.
- Persönliche Assistenz bleibt rechtlich sensibel. § 78 SGB IX regelt Assistenzleistungen umfassend; nach § 104 Abs. 3 ist bei einer von Wünschen abweichenden Leistungsgestaltung zunächst die Zumutbarkeit zu prüfen. Gemeinsame Leistungserbringung nach § 116 Abs. 2 ist an gesetzliche Voraussetzungen gebunden. Politische Reformankündigungen sind keine neue Rechtslage.**
- Programmatik ist nicht Umsetzung.** Ein sehr konkretes Wahlprogramm kann einen hohen Nachweisgrad begründen, beweist aber noch keine Regierungswirkung. Umgekehrt ist Regierungshandeln nicht automatisch Wirkung.

PN im Rollenvergleich

Partei	Rolle	PN	Kurzlesart
CDU/CSU	Regierung	7,0	mit SPD praktisch gleichauf
SPD	Regierung	6,9	mit CDU/CSU praktisch gleichauf
Die Linke	Opposition mit Fraktion	8,6	rollenintern etwas höher; keine Platzierung
Grüne	Opposition mit Fraktion	8,4	rollenintern etwas niedriger; keine Platzierung
FDP	ohne Bundestagsfraktion	7,5	nur Substanz + Programmatik
Volt	ohne Bundestagssitze	8,3*	nur Substanz + Programmatik; 6/7 Themen

* Volt: Hilfsmittelversorgung bleibt offen; der fehlende Themenwert wurde nicht als 0 gerechnet. Der PN ist ein Nachweisindex, keine politische Qualitäts- oder Siegernote.

Parteien in einem Satz

CDU/CSU: Konkrete Regierungs- und Programmnachweise zu BGG, Pflege und Eingliederungshilfe; menschenrechtliche Spannungen bei dauerhaftem Erhalt von Förderschulen und Werkstätten.

Die Linke: Sehr dichte Programmatik und parlamentarische Aktivität zu Assistenz, Barrierefreiheit, Bildung und Arbeit; Finanzierung und Umsetzungswege bleiben getrennt zu prüfen.

FDP: Konkrete Direktantwort mit Schwerpunkt Hilfsmittel und Bürokratieabbau; einzelne Detailforderungen sind außerhalb der Korrespondenz weniger stark belegt.

Bündnis 90/Die Grünen: Breite Evidenz aus Programmatik, Direktantwort und Parlament; besonders stark bei Barrierefreiheit, Selbstbestimmung, Bildung und Werkstatttransformation.

SPD: Dichte Programmatik und aktuelles Regierungshandeln; bei Assistenz und Bildung sind Ebenentrennung und Detailtiefe entscheidend.

Volt Deutschland: Sehr konkrete Programmatik bei Werkstatttransformation und inklusiver Bildung; Hilfsmittel sowie sozialrechtliche Assistenzdetails bleiben teilweise offen.

UN-BRK: wichtigste Unterschiede

Thema	Stärker transformatorisch	Spannungsverhältnis / offen
Art. 24 – inklusive Bildung	Linke, Grüne, Volt	CDU/CSU und FDP wegen ausdrücklichem Erhalt von Förderschulen; SPD: Strukturdetails offen
Art. 27 – Arbeit	Linke, Grüne, Volt	CDU/CSU und FDP wegen ausdrücklichem Erhalt von Werkstätten; SPD: Transformationspfad weniger klar
Art. 19 – selbstbestimmtes Leben	mehrere Parteien programmatisch anschlussfähig	§ 78-Assistenzdetails sowie Angemessenheit/Zumutbarkeit nach § 104 und gemeinsame Leistungserbringung nach § 116 bleiben besonders prüfbedürftig

Methodische Belastbarkeit

Die 42 Themenbewertungen wurden in einem internen Rekodierungs- und Stabilitätscheck erneut geprüft. Von 82 numerisch vergleichbaren Einzelwerten waren 69,5 % exakt identisch und 97,6 % lagen höchstens 0,5 Punkte auseinander; die mittlere absolute Abweichung betrug 0,165 Punkte. Das zeigt eine relativ stabile interne Rubrik, ersetzt aber keine unabhängige externe Inter-Rater-Validierung. Die externe Blindcodierung wurde am 20. August 2026 zur unabhängigen Bearbeitung versandt; bis zum Annahmeschluss am 27. August 2026 um 17:30 Uhr ging kein verwertbarer Rücklauf ein. 82 externe Vergleichswerte bleiben damit fehlend; es erfolgten weder Schätzung noch Mittelung.

Was offen bleibt

- Einzelne Rechtswirkungen zu §§ 104/116 SGB IX, gemeinsamer Leistungserbringung/Pooling und Art. 19 UN-BRK werden bewusst nicht abschließend gutachterlich bewertet. Eine zusätzlich angefragte externe juristische Gegenprüfung kam aus Kapazitätsgründen nicht zustande; RC6 verwendet deshalb konservative, attribuierte und getrennte Rechtsformulierungen.
- Volt: Hilfsmittelversorgung bleibt offen; persönliche Assistenz ist sozialrechtlich nur teilweise konkretisiert. Die Direktanfrage vom 18. August blieb bis zum dokumentierten Volt-Gate am 25. August 2026 ohne verwertbare Antwort.
- Der Auswertungskorpus hat den Stand 18. August 2026. Ein finaler Primärquellen- und Aktualitätscheck am 28. August 2026 zu BGG und Eingliederungshilfe ergab keine materielle Änderung der PN-Bewertungen. Spätere Vorgänge gehören nur über eine datierte Aktualisierung zu dieser Ausgabe.
- Die externe Blindcodierung wurde am 20. August 2026 zur unabhängigen Bearbeitung versandt. Bis zum Annahmeschluss am 27. August 2026 um 17:30 Uhr lag kein verwertbarer Rücklauf vor. 82 externe Werte bleiben fehlend; keine Schätzung, keine Mittelung und keine unabhängige externe Inter-Rater-Validierung. Dies bleibt transparent als methodische Limitation ausgewiesen.

Für die Veröffentlichung wichtig

Präzise Aussage: „Vergleich von sechs im Projekt untersuchten Parteien zur Behindertenpolitik 2026.“ Nicht sachgerecht wären Formulierungen wie „alle Parteien im Vergleich“ oder eine globale Sieger-Rangliste.

Weiterführende Unterlagen

Zur Dokumentation gehören die 46-seitige Langfassung RC6 mit vollständigem Quellenregister Q01–Q43, die synchronisierte Kurzfassung, die Sieben-Themen-Matrix sowie der technische PN-Anhang mit allen 42 Einzelbewertungen.

Autor: Björn Meyer · Auswertungskorpus: 18. August 2026 · Primärquellencheck: 28. August 2026 · Stand: RC6 Synchronstand